

**Orbán nennt Einwanderung "Gift"; Sein Land brauche keinen einzigen Migranten, damit die Wirtschaft funktioniere, sagt der ungarische Ministerpräsident. Migration sei keine Lösung, sondern ein Problem.**

ZEIT-online

Dienstag 26. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Ungarn; Ausg. 31

**Length:** 783 words

## Body

---

Österreichs Bundeskanzler Christian Kern zu Besuch beim ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán (rechts).

©Szilard Koszticsak/dpa

Erneut hat Victor Orbán seine umstrittene **Flüchtlingspolitik** mit scharfen Worten verteidigt. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem österreichischen Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) bezeichnete der ungarische Ministerpräsident Einwanderung als "Gift" und sämtliche **Flüchtlinge** als Sicherheitsrisiko. "Ungarn braucht keinen einzigen **Migranten**, damit die Wirtschaft funktioniert", sagte Orbán. "Deswegen braucht es keine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik. Wer immer **Migranten** braucht, kann sie nehmen, doch zwingt sie uns nicht auf, wir brauchen sie nicht".

"Jeder einzelne **Migrant** stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und ein Terrorrisiko dar", sagte der nationalkonservative Politiker, der seit langem in der **Flüchtlingspolitik** eine harte Linie vertritt. Insbesondere lehnt er eine Verteilung der **Asylbewerber** auf die EU-Mitgliedsstaaten nach verbindlichen Quoten ab. Ein Referendum darüber soll in Ungarn am 2. Oktober stattfinden. "Für uns ist **Migration** keine Lösung, sondern ein Problem. (...) Nicht Medizin, sondern ein Gift, wir wollen es nicht und schlucken es nicht", sagte der Rechtspopulist.

Kern hatte Orbán besucht, weil beide Länder ihren Streit über die Flüchtlingspolitik beilegen wollen. Orbán schottet sein Land mit Grenzzäunen ab und sendet Asylsuchenden direkt nach Serbien zurück. Österreich hatte ihn dafür in der Vergangenheit heftig kritisiert. "Wir sind auf einem sehr guten Weg, ein neues Kapitel zu einer offenen und transparenten Zusammenarbeit zu beginnen", sagte Kern. "Wir wollen unsere Beziehungen auf eine möglichst pragmatische Grundlage stellen", betonte Orbán.

Unter anderem beschlossen die Regierungschefs, dass Österreich 20 Polizisten nach Ungarn schickt, die dem Nachbarn bei der Sicherung der Grenze zu Serbien helfen sollen. Darüber hinaus sollen zivile Organisationen und Helfer in die Versorgung jener Flüchtlinge eingebunden werden, die derzeit an der ungarisch-serbischen Grenze festsitzen. Etwa 1.000 Asylsuchende halten sich im serbischen Grenzgebiet zu Ungarn auf, weil Ungarn täglich nur 30 von ihnen auf sein Gebiet lässt.

Orbán nennt Einwanderung "Gift" Sein Land brauche keinen einzigen Migranten, damit die Wirtschaft funktioniere, sagt der ungarische Ministerpräsident. Migration....

Keinen Durchbruch erzielte hingegen Kern in der Frage von rund 5.000 so genannten "Dublin-Flüchtlingen", die Österreich nach Ungarn zurückschicken möchte, weil sie über Ungarn ins Alpenland gekommen sind. Nach dem Dublin-III-Abkommen müssen die Asylverfahren in dem Land durchgeführt werden, das der Flüchtling als erstes bei seiner Einreise nach Europa betreten hat. Ungarns Ablehnung ist derzeit Gegenstand eines Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof, "dessen Ausgang wir abwarten wollen", sagte Orbán. "Es gibt im Moment keinen Rechtstitel, so genannte Dublin-Fälle von Österreich nach Ungarn zu verbringen", sagte auch Kern. Die vereinbarten Maßnahmen würden wohl ausreichen, "um den Flüchtlingszustrom nach Österreich zu stabilisieren oder gar zu reduzieren", ergänzte Kern.

Der seit Mai amtierende Bundeskanzler steht im eigenen Land unter Druck, weil die regierende große Koalition zu Jahresbeginn eine Obergrenze von 37.500 Asylersuchen festgelegt hat, die in diesem Jahr maximal zugelassen werden können. Bei Erreichen dieser Grenze müsste die Koalition eine Art Flüchtlings-Notstand ausrufen, was wiederum dem Rechts-Populisten Norbert Hofer (FPÖ) bei der Präsidentschaftswahl am 2. Oktober in die Hände spielen könnte.

Im vergangenen Jahr waren 400.000 Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und anderen Bürgerkriegsländern durch Ungarn gereist. Im September hatte Orbán beschlossen, die Grenzen zu Serbien und Kroatien komplett zu schließen. Nachdem die Regierung die Südgrenze mittels eines Stacheldrahtzauns abgeriegelt hatte, ging die Zahl deutlich zurück. Etwa 200.000 Flüchtlinge stellten 2015 einen Asylantrag in Ungarn, doch wurden nur 264 Asylbewerber angenommen. Seit der Schließung der Balkanroute kommen kaum noch Flüchtlinge.

Anfang Juli wurde nun bekannt, dass Ungarn Flüchtlinge ohne Gerichtsverfahren nach Serbien oder Kroatien zurückschicken möchte. György Bakondi, Sicherheitsberater Orbáns, hatte mitgeteilt, dass Menschen, die innerhalb von acht Kilometern hinter der Grenze in Ungarn aufgegriffen werden, zur Grenze zurückgebracht und ihnen dort der Weg zur nächsten "Transitzone" gezeigt werden. In den sogenannten Transitzonen an der Grenze zu Ungarn können die Flüchtlinge Asylanträge stellen. Die Zonen liegen nach Auffassung der Regierung allerdings nicht auf ungarischem Boden.

**Load-Date:** July 26, 2016

**Flüchtlinge versehentlich in die Türkei abgeschoben; Dreizehn der ersten im Zuge des EU-Türkei-Abkommens deportierten Migranten hatten nach UN-Angaben keine Chance Asyl zu beantragen. Die Polizei habe dies "vergessen".**

ZEIT-online

Dienstag 5. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** EU-Türkei-Abkommen; Ausg. 15

**Length:** 465 words

## Body

---

**Migranten** nach ihrer Ankunft auf der griechischen Insel Lesbos, wo sie im Auffanglager Moria registriert werden.

© Giorgos Moutafis/Reuters

Das UN-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR hat kritisiert, dass einige **Migranten** in den chaotischen Auffanglagern in Griechenland gar keine Chance hatten **Asylanträge** zu stellen. Demnach waren unter den ersten 202 Menschen, die mit Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens am Montag deportiert wurden, 13 afghanische und kongolesische **Flüchtlinge**, deren Bitte um **Asyl** nicht gehört wurde.

Vincent Cochetel, der Direktor des Europa-Büros des UNHCR, sagte der britischen Zeitung *The Guardian*, die griechische Polizei hätte schlicht "vergessen" die Asylanträge der Flüchtlinge zu bearbeiten. Sie waren nach dem 20. März auf der griechischen Insel Chios angekommen. Auch nach dem Ende des Taliban-Regimes fliehen viele Afghanen vor dem islamistischen Terror und einem jahrzehntelang Bürgerkrieg in ihrem Heimatland. Im Osten der Demokratischen Republik Kongo gibt es seit Jahren Unruhen, denen viele Zivilisten zum Opfer fallen.

Ob der Vorfall untersucht wird oder ob die 13 Flüchtlinge ihr Gesuch im Nachhinein vorbringen können, wollten EU-Verantwortliche dem *Guardian* am Dienstag nicht sagen. "Nach unseren Informationen waren sich alle Deportierten ihrer Rechte bewusst und hatten die Chance Asyl zu beantragen", sagte Tove Ernst, Sprecherin der Migrationspolitik für die EU-Kommission.

### Griechische Behörden überfordert

Vor Zustandekommen des Abkommens hatten Menschenrechtler und Politiker wiederholt mehr Unterstützung für die griechischen Behörden gefordert, die die Abschiebungen kontrollieren müssen. Die Chefin der griechischen Asylbehörde Maria Stavropoulou hatte am Freitag gesagt, sie brauche 20 Mal mehr Mitarbeiter, um die Anträge der Migranten gründlich bearbeiten zu können.

Wenn sich die Vorwürfe des UNHCR als richtig herausstellen, verstößt das EU-Türkei-Abkommen gegen internationales Recht; unter anderem verpflichtet die Genfer Konvention alle Unterzeichnerstaaten dazu

Flüchtlinge versehentlich in die Türkei abgeschoben Dreizehn der ersten im Zuge des EU-Türkei-Abkommens deportierten Migranten hatten nach UN -Angaben keine Cha....

Asylgesuche anzuhören. Die EU-Staatschefs hatten beim Unterzeichnen des Abkommens versprochen, die Abschiebungen in die Türkei "von Fall zu Fall" zu prüfen und niemanden "automatisch zurückzuführen".

Offiziell sieht das Abkommen vor, dass alle nach dem 20. März in Griechenland eingetroffenen Flüchtlinge abgeschoben werden, die kein Asyl in Griechenland beantragten oder deren Anträge abgelehnt wurden. Die Flüchtlinge werden in Aufnahmezentren in der Türkei untergebracht, solange die türkischen Behörden über ihr weiteres Schicksal entscheiden.

Die EU will für jeden aus Griechenland in die Türkei abgeschobenen Syrer einen Syrer aus einem türkischen Flüchtlingslager aufzunehmen. In Hannover trafen am Montag bereits 32 syrische Flüchtlinge ein.

**Load-Date:** April 6, 2016

---

End of Document

**Europa sucht seine Grenzen in Afrika; Die EU vereinfacht Abschiebungen nach Mali, ähnliche Abkommen mit afrikanischen Ländern sollen nächstes Jahr folgen. Dabei wird Entwicklungshilfe an Grenzschutz geknüpft.**

ZEIT-online

Donnerstag 15. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 51

**Length:** 1286 words

**Byline:** Benjamin Breitegger; Veronika Völlinger

## Body

---

Ein **Migrant** aus Mali erreicht nach der Überfahrt aus der Türkei die griechische Insel Kos.

© Yannis Behrakis

Jedes Jahr werden Zehntausende Menschen aus Europa abgeschoben. Der EU-Kommission reicht das aber nicht aus. Zu wenige der **Migranten**, die in Europa kein Aufenthaltsrecht hätten, kehrten wieder in ihre Heimat zurück, heißt es in einem Strategiepapier der Kommission. 2014 hätten weniger als 40 Prozent der ausgewiesenen **Migranten** Europa auch tatsächlich wieder verlassen. Von denen, die aus afrikanischen Ländern kamen, seien es sogar weniger als 30 Prozent gewesen.

Das soll sich nun ändern. Durch Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten soll die Zahl der Abschiebungen deutlich steigen. Die Bedingungen dafür hat nicht zuletzt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) während ihrer dreitägigen Afrikareise im Oktober ausgelotet. Auf dem EU-Gipfel an diesem Donnerstag in Brüssel werden die Staats- und Regierungschefs besprechen, welche Projekte die EU im nächsten Jahr in den fünf wichtigsten Partnerländern Mali, Niger, Nigeria, Senegal und Äthiopien finanzieren wird.

Bereits seit dem EU-Afrika-Gipfel auf Malta im vergangenen Jahr stehen dafür 2,5 Milliarden Euro bereit; nun soll der EU-Haushalt für ähnliche Zwecke erneut um mehr als 700 Millionen Euro aufgestockt werden. Ab kommendem Jahr werden dann Migrationsexperten der EU in allen fünf Partnerländern Büros beziehen.

Schon jetzt knüpft die EU ihre Entwicklungshilfe verstärkt daran, dass Länder Flüchtlinge zurückhalten oder zurücknehmen. Und es zeigen sich bereits erste Resultate: Durchquerten im Mai noch 70.000 Migranten die Sahara im Niger, eines der wichtigsten Transitländer auf dem Weg nach Europa, waren es im November nur mehr 1.500, berichtet die EU-Kommission.

Die EU ging in Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern auch gegen Schleuser vor: 102 Menschenschmuggler wurden festgenommen, 95 ihrer Fahrzeuge beschlagnahmt. Insgesamt 2.700 Migranten wurden aus der EU in die fünf Partnerländer abgeschoben. Gleichzeitig werden 1.200 Plätze für berufliche und

Europa sucht seine Grenzen in Afrika Die EU vereinfacht Abschiebungen nach Mali, ähnliche Abkommen mit afrikanischen Ländern sollen nächstes Jahr folgen. Dabei ....

wissenschaftliche Austauschprogramme finanziert - ein kleiner Beitrag zu den von Kritikern oft geforderten legalen Migrationswegen.

### **Mali-Abkommen steht**

Am vergangenen Sonntag hat die EU einen weiteren Schritt unternommen, um Migration zu kontrollieren: Eine Vereinbarung mit Mali sei ausgehandelt, gab der niederländische Außenminister Bert Koenders bekannt. Ziel sei es, abgelehnte Asylbewerber schneller in ihre Heimat zurückzubringen und bessere Lebensperspektiven für junge Menschen zu schaffen.

Rund 145 Millionen Euro erhält Mali dafür. "Nur durch diese Art von Kooperation können wir das Problem der Migration an der Wurzel packen", sagte Koenders. Eine der Hauptrouten von Migrantinnen aus Afrika Richtung Europa führt über die Länder Mali und Niger nach Libyen.

Mali soll außerdem dabei unterstützt werden, sichere Reise- und Passdokumente auszustellen. Im Gegenzug könnten Beamte aus Mali in die EU kommen, um herauszufinden, ob von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge wirklich aus ihrem Land kommen. Ungeklärte Identität zählt zu den häufigsten Gründen, warum abgelehnte Asylbewerber nicht ausgewiesen werden können.

Dabei zählt Mali nicht zu den Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern in Europa. In den ersten neun Monaten dieses Jahres stellten etwa 7.000 Menschen aus Mali einen Asylantrag in einem EU-Land. Zum Vergleich: 32.000 Nigerianer und 283.000 Syrer beantragten 2016 im gleichen Zeitraum Asyl.

Mali ist allerdings politisch nicht sonderlich stabil. Das westafrikanische Land ist gespalten in den von Islamisten kontrollierten Norden und den von der Regierung und ihren Truppen regierten Süden. Immer wieder kommt es zu Anschlägen und Angriffen - auch auf UN-Truppen, die bei der Umsetzung des 2015 geschlossenen Friedensabkommens helfen sollen. Die EU bildet in Mali die Armee aus und berät sie bei Reformen.

Bei der nun geschlossenen Vereinbarung mit Mali ist bisher nicht geklärt, ob sie nur malische Staatsbürger umfasst oder ob die EU auch andere Flüchtlinge nach Mali zurückschicken kann, die über das Land nach Europa eingereist sind.

Flüchtlingsorganisationen kritisieren, dass die EU ihre afrikanischen Partnerländer durch derartige Abkommen zu vermehrten Grenzkontrollen zwingt und diesen so einen höheren Stellenwert einräumt als Menschenrechten. "Die unsägliche Erpressungsstrategie, mit der Transitländer zu Türsteher der EU gemacht werden sollen, ist eine Absage an den Flüchtlingsschutz", sagt Karl Kopp, Europareferent von Pro Asyl. "Das individuelle Recht auf Asyl wird Abwehrbestrebungen geopfert." Die grüne Europaabgeordnete Ska Keller nennt die Vereinbarungen "Migrationsverhinderungsabkommen". Sie kritisiert, dass das Europaparlament nicht in die Entscheidungen eingebunden ist.

Noch weitreichendere Pläne, etwa Rückführungsabkommen mit ostafrikanischen Ländern, hält Keller für "völlig fatal". Die EU arbeitet im Rahmen des Khartum-Prozesses mit Ländern am Horn von Afrika zusammen, um vor allem Menschenhandel zu bekämpfen. Dazu gehören Länder wie Eritrea und der Sudan.

Auch die Rückführungen von Asylbewerbern in diese Länder seien "unbefriedigend", heißt es in einem Protokoll, über das die ARD-Sendung *Monitor* im April berichtete. Angekündigt wurde damals, dass kooperative Staaten mit Wirtschaftshilfe und Visaerleichterungen für Diplomaten rechnen könnten. Man wolle die Kapazitäten der eritreischen Regierung im Kampf gegen Menschenhandel stärken.

Allerdings: Eritrea wird von einem Diktator regiert, Tausende Menschen fliehen jedes Jahr vor einem zeitlich unbegrenzten Militärdienst. Die meisten afrikanischen Asylbewerber kommen aus Eritrea. "Ein Abkommen mit Eritrea wäre eines mit einem Regime, das selbst Fluchtursache ist", sagt Keller.

### **EU übt Druck in Verhandlungen aus**

Europa sucht seine Grenzen in Afrika Die EU vereinfacht Abschiebungen nach Mali, ähnliche Abkommen mit afrikanischen Ländern sollen nächstes Jahr folgen. Dabei ....

Ähnlich umstrittene Pläne gibt es mit dem Sudan. Sudans Präsident Omar Al-Baschir wird vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Völkermords gesucht. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist dort offiziell ausgesetzt. Trotzdem wird die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit ein EU-Migrationsprojekt leiten. "Eine Zusammenarbeit mit der sudanesischen Grenzpolizei wird es nicht geben", sagt eine GIZ-Sprecherin entgegen vorheriger Berichte. Geplant seien psychosoziale Betreuung für unbegleitete Jugendliche und menschenwürdige Unterkünfte für Flüchtlinge und die Opfer von Menschenhandel. Ein Leiter der sudanesischen Migrationsbehörde sagte der SWR-Sendung *Report Mainz* hingegen: "Das Hauptziel ist, dass die Flüchtlinge das neue Lager nicht verlassen." Wenn der Sudan kooperiere, könne die EU sich vorstellen, das Land von der Liste terrorunterstützender Staaten zu streichen, berichtete *Monitor*.

Der Entwicklungsökonom Sebastian Prediger vom Hamburger Giga-Institut attestiert solchen Plänen mangelnde außenpolitische Kohärenz. "Immer wieder betont die EU, dass ihr die Bekämpfung der Fluchtursachen wichtig ist", sagt Prediger, der zur Migrationspolitik der EU in Afrika forscht. "Wenn man sich dann die Inhalte der Vereinbarungen ansieht, gewinnt man aber den Eindruck, dass die Eindämmung der Migration und die Rückführung von Migranten Priorität haben." Gleichzeitig würden andere Abkommen der EU mit afrikanischen Ländern ökonomische Fluchtursachen erst schaffen - etwa problematische Handelsabkommen.

Es sei wohl der innenpolitische Druck, der die EU-Länder dazu bringe, solche umstrittenen Abkommen auszuhandeln. Dabei gebe es keine Masseneinwanderung aus afrikanischen Staaten. "Die Zahlen weisen bislang nicht auf den vielfach behaupteten Exodus hin, die Migration aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara ist in erster Linie ein innerafrikanisches Phänomen", sagt der Entwicklungsökonom.

**Load-Date:** December 15, 2016

**Hunderte Asylbewerber verklagen Bundesamt für Migration; Weil ihre Anträge zu lange unbearbeitet bleiben, sind in Nordrhein-Westfalen mehr als 200 Asylbewerber vor Gericht gezogen. Der Justizminister zeigt Verständnis.**

ZEIT-online

Mittwoch 20. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingskrise; Ausg. 3

**Length:** 388 words

## Body

---

Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** in Nürnberg

© Daniel Karmann/dpa

Mehr als 200 **Asylbewerber** insbesondere aus Syrien und Eritrea haben laut einem Zeitungsbericht in Nordrhein-Westfalen das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) vor den Verwaltungsgerichten verklagt. Damit wollen sie ein schnelleres **Asylverfahren** erzwingen. Anträge blieben oft länger als ein Jahr liegen, berichtet die *Rheinische Post* nach einer Umfrage bei den sieben Verwaltungsgerichten des Bundeslandes.

Mit den Untätigkeitsklagen wollten die Flüchtlinge die Behörde dazu bringen, ihre Anträge zu bearbeiten. Denn erst mit bewilligten Asylanträgen können sie eine Arbeit oder Ausbildung aufnehmen oder Angehörige nach Deutschland nachholen. Die meisten der Kläger sind der Zeitung zufolge Menschen, die eine wegen ihrer Herkunft und persönlichen Situation große Chance auf Anerkennung haben.

Der nordrhein-westfälische Justizminister Thomas Kutschat (SPD) zeigte Verständnis für die Klagen: "Menschen, die mit einer Anerkennung als Asylbewerber rechnen können, wollen nicht monatelang zum Nichtstun verdammt sein", sagte er. Es könne nicht sein, "dass Asylbewerber gezwungen sind, nach dem Überschreiten der Grenze den Staat zu verklagen, damit dieser endlich eine Entscheidung über ihren Asylantrag trifft".

Auch könne es nicht sein, dass Asylbewerber, die wegen ihrer Herkunft kaum Aussicht auf Anerkennung haben, ihren Aufenthaltsstatus durch überlange Asylverfahren des Bamf sichern wollten. Derzeit dauern die Verfahren bis zu anderthalb Jahren. Angestrebt sind sechs Monate - fünf für die Entscheidung und einer für die eventuelle gerichtliche Überprüfung.

Das Innenministerium hat das Bundesamt dieser Tage angewiesen, Asylanträge von Bewerbern aus Marokko und Algerien vorrangig zu prüfen. Sie haben nur geringe Chancen auf Asyl in Deutschland. Die Behörde soll auf diese Weise die Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland entlasten.



Hunderte Asylbewerber verklagen Bundesamt für Migration Weil ihre Anträge zu lange unbearbeitet bleiben,  
sind in Nordrhein-Westfalen mehr als 200 Asylbewerber v....

2015 registrierten die deutschen Behörden 1,1 Millionen Flüchtlinge. Es wurden knapp 477.000 Asylanträge gestellt. Das war die höchste Zahl in der Geschichte der Bundesrepublik. Ende 2015 waren mehrere Hunderttausend Geflüchtete in Deutschland, die noch nicht einmal das Registrierungsverfahren durchlaufen hatten, das Voraussetzung für einen Asylantrag ist.

**Load-Date:** January 20, 2016

---

End of Document